IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BERLINER STADTBLATT · 7. JAHRGANG · AUSGABE 28 · DEZEMBER 2017 / JANUAR 2018

HERZLICH WILLKOMMEN

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten die letzte Ausgabe der TS-Aktuell im Jahr 2017 in Ihren Händen. Während um uns herum die ersten Weihnachtsmärkte aufgebaut werden, erschreckt uns das Scheitern der Koalitionsverhandlungen wie eine falschgestimmte Trompete im Weihnachtsorchester. Jamaika zwischen den Parteien CDU/CSU, FDP und Grünen ist gescheitert. Die FDP brach die langen zähen Verhandlungen ruckartig nachts ab. In der Presse lässt sich nachlesen, dass der Einigungsprozess zur Flüchtlingsobergrenze kurz bevor stand.



Viele stellen sich nun die Frage, ob es sich bei dem plötzlich herbeigeführten Ende der Verhandlungen um ein kalkuliertes Spiel der FDP handelte. Offensichtlich scheint zumindest die Bereitschaft zu chaotisieren. Leidtragende sind die Wählerinnen und Wähler.

Am Wahltag haben Sie entschieden und die Große Koalition abgewählt. Aus dem Ergebnis leiten wir ab, dass wir aus der Opposition heraus gute Politik gestalten sollen. Gerade seit dem Einzug der AfD in den Bundestag ist es besonders wichtig für unsere Demokratie, diese Aufgabe nicht den Rechtspopulisten zu überlassen.

Wie es weitergeht, ist nun offen. Ob es Neuwahlen, eine Minderheitsregierung oder eine andere Alternative geben wird, wissen wir nicht. Der Ball liegt weiterhin bei der Kanzlerin, eine Regierung zu bilden.

In so einer spannenden Zeit ist die TSaktuell genau das Richtige.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre Dilek Kolat

Vorsitzende der SPD Tempelhof-Schöneberg



Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD, in der Bildmitte) und Bezirksstadtrat Oliver Schworck (SPD, hinten links) mit den Gewinnerinnen und Gewinnern des Green Buddy Award 2017. Foto: BA Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Maren Ollmann

Nachhaltiges Wirtschaften

Green Buddy Awards zum siebenten Mal verliehen – Nachwuchspreis an Schule

Nachhaltiges Wirtschaften gewinnt in den Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen immer mehr an Bedeutung. Firmen, die auf den betrieblichen Umweltschutz setzen, sind aus Sicht von Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler Vorbilder für ein gesellschaftliches Umdenken. Tempelhof-Schöneberg und mehrere Partner unterstützen diesen Wandel mit dem "Green Buddy Award", der in diesem Jahr zum siebten Mal verliehen wurde.

Mit den Bären zeichnen die Wirtschaftsförderung des Bezirks und ihre Kooperationspartner Betriebe aus, tiges Wirtschaften zu ihrer gemacht haben. "Es ist ein die Ausflugsplanung mit öf-

toller Preis, der in Zeiten des Klimawandels eine absolute Daseinsberechtigung hat", sagte Bezirksbürgermeisterin Schöttler. Die Auszeichnung werde immer beliebter. So viele Firmen wie noch nie hätten sich in diesem Jahr um die grünen Bären beworben.

Erstmals wurde 2017 auch der "Young Green Buddy Award" verliehen. Er ging an die Schülerinnen und Schüler des Rheingau Gymnasiums mit ihrem Projekt über nachhaltigen Konsum in der Schule.

Die weiteren Preisträger: In der Kategorie "Smart Cities Losungen bekam an die Stanova Stanztechnik die Ökologie und nachhal- die Naturtrip GmbH einen GmbH. Mit ihrer Stanzma-"Buddy". Das Unternehmen Unternehmensphilosophie hat eine App entwickelt, die

kinderleicht macht.

Im Bereich "Abfallvermeidung / Reduce, Reuse und Recycle" wurde die Geschäftsidee von "Bis es mir vom Leibe fällt" ausgezeichnet. Das Veränderungsatelier arbeitet daran, Lieblingsstücke zu erhalten und aus alten Kleidern neue Kleiderfavoriten zu gestalten. Reste vermeidend verarbeitet die Firma zu 90 Prozent gebrauchte Textilien.

In der Kategorie "Umweltschonende Produktion und produktionsnahe Dienstleistungen" ging der Green Buddy Award 2017 schine Rapida96 bearbeitet sowie das Umwelt- und Nasie Profile besonders schnell turschutzamt des Bezirks. und energieeffizient. Die

fentlichen Verkehrsmitteln Produkte können ohne zusätzliche Bearbeitung in den Verkauf gehen.

"Denkmalschutz-Der preis" geht in diesem Jahr an die IGG Malzfabrik GmbH. Sie gestaltet das unter Denkmalschutz stehende Gelände der ehemals größten Mälzerei Europas nachhaltig um.

Kooperationspartner des "Green Buddy Awards" sind die Buddy Bär Berlin GmbH sowie Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, die Investitionsbank Berlin und der Marienpark Berlin, die Preise stiften und die feierliche Verleihung fördern.

Weitere Auslobungenübernehmen die BSR, die Stiftung Denkmalschutz Berlin

Volker Warkentin

IN DIESER AUSGABE

HOHE MIETEN: POTSE UND DRUGSTORE BEDROHT

Bezirk prüft Möglichkeiten zur Erhaltung

Seite 2

KOMMUNALE IMPFSTELLE

Impfmüdigkeit der Menschen soll begegnet werden

Seite 2

NACHTAKTIV

Ordnungsämter sollen mit mehr Außendienst auch nachts kontrollieren

Seite 7

DURCH SCHWIERIGE ZEITEN

Franz Künstler war Vorsitzender der Groß-Berliner SPD 1923-33

Seite 8

Noch Luft nach oben

Günstige Wohnungen auf Discountergrundstücken können die Wohnungsnot lindern

Wohnraum ist bekanntlich knapp in Berlin - also muss gebaut werden. Aber wo, wenn die Flächen begrenzt sind? Schließlich sollen die Parks und Grünflächen, für die unsere Stadt bekannt ist, erhalten bleiben. Deshalb startete die SPD-Fraktion eine Initiative: Auf Discounter-Flächen in Tempelhof-Schöneberg könnten bald Wohnungen gebaut werden. Viele der betreffenden Grundstücke befinden sich in attraktiven Wohnlagen.

Anstatt der üblichen Flachbauten mit überdimen-



Typische Discounterfiliale – hier an der Dudenstraße: Eingeschossiges Gebäude und darum ein großer Parkplatz. Platz, der in Zeiten knapper werdender Baugrundstücke deutlich besser genutzt werden kann.

würden in Zukunft mehrgeschossige Wohngebäude sioniert großen Parkplätzen auf den Grundstücken ent-

stehen. Der Einzelhandel befände sich im Erdgeschoss und die Parkplätze würden in Tiefgaragen verlagert. Ähnliche Projekte haben die beiden Aldis bereits in Tübigen und Hamburg realisiert bzw. Lidl im Bezirk Prenzlauer Berg.

vielversprechende Eine Reaktion liegt bereits von der Einzelhandelskette Lidl vor, die im zuständigen Fachausschuss erklärt hat, das Thema gerne aufgreifen und zentrale Standorte nachverdichten zu wollen.

Christoph Götz, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg freut sich über diesen Erfolg.

"Wir hoffen auf das Engagement des zuständigen Stadtrats Jörn Oltmann (Grüne) und eine positive Resonanz auch bei anderen Ketten und Eigentümern.

In vielen Fällen könnten städtebauliche Wunden geheilt werden und Wohnungsbau auf den Weg gebracht werden, auch im preisgünstigen Bereich. Ein erstes solches Projekt erhoffen wir uns für das ehemalige "Prälat"-Areal an der Schöneberger Hauptstraße, dessen Zustand viele Schöneberger für dringend verbesserungswürdig halten".

Redaktion TS aktuell





Liebe Leserinnen und Leser!

Ein Jahr rot-rot-grüne Regierung zeigt: Wir stehen für ein lebenswertes, soziales und modernes Berlin. Der Wegweiser unserer Politik sind die Menschen in dieser Stadt.

Eins ist klar: Wir haben noch viel zu tun. Der Sanierungsstau bei den Schulen und den Verwaltungen in Berlin ist enorm. Deswegen haben wir das größte Schulneubau- und Sanierungsprogramm seit dem Fall der Berliner Mauer gestartet. Gleichzeitig stärken wir die Verwaltungen, denn sie sind das Rückgrat unserer Stadt.

Und wir stehen für ein sicheres Berlin für jeden Einzelnen. Sicherheit bedeutet, dass wir mehr Polizei an kriminalitätsbelastete Orte bringen, aber auch die Sicherheit, dass man sich seine Wohnung leisten kann. Wir sorgen dafür, dass es ausreichend bezahlbaren Wohnraum in der Stadt gibt.

Unsere Politik soll das Leben der Berlinerinnen und Berliner leichter machen. Das ist unser Antrieb.

Ihr Michael MüllerRegierender Bürgermeister

Potse und Drugstore bedroht

Bezirk will beide von teuren Mieten betroffene Einrichtungen retten

Massiv steigende Mieten bedrohen die Jugendclubs Potse und Drugstore an der Potsdamer Straße. Auf Initiative der SPD-Fraktion debattierte die BVV die Möglichkeiten zur Rettung der Einrichtungen.

Das Bezirksamt teilte auf eine Große Anfrage des Bezirksverordneten Christoph Götz mit, dass noch Varianten geprüft werden. Dazu zählten ein aufwändiger Umbau des Hochbunkers in der Pallasstraße und die Anmietung einer Gewerbefläche in der Bülowstraße. Bereits im Mai hatte die BVV

beschlossen, alternative Räume im Umfeld sowie Ersatzstandorte zur Errichtung eines völlig neuen Gebäudes zu prüfen.

Die SPD-Fraktion fragte des Weiteren nach den Gründen, warum das Bezirksamt den zwischenzeitlich von der SPD vorgeschlagenen Neubau-Standort Bülowstraße 70, am Rande des Nelly-Sachs-Parks, verworfen hatte. Dieser bot die besten Voraussetzungen für den Neubau eines Jugendund Kulturzentrums: Das Grundstück gehört dem Land Berlin und liegt ver-

kehrsgünstig im Schöneberger Norden. Auch könnte es den gut frequentierten Nelly-Sachs-Park sinnvoll vom Lärm der stark befahrenen Bülowstraße und der Hochbahn abschirmen. Bezirksstadtrat Jörn Oltmann (Grüne) verwies darauf, dass die Fläche für ihn nicht zur Disposition stehe, weil das Gebiet ein gravierendes Grün-Defizit aufweise.

Götz kritisierte die Entscheidung. "Für uns ist es unverständlich, dass insbesondere dieser Vorschlag einfach "weggeprüft" wurde." Bei allem Verständnis für Grünflächen dürften Jugendliche nicht wieder den Kürzeren ziehen. Der vorgeschlagene Standort biete sogar die Chance zum Bau eines größeren kommunalen Gebäudes für Musik, Kultur und Kunst und wäre mit einer städtischen Gesellschaft realisierbar.

Wir hoffen nun, dass das Bezirksamt bald auch mit eigenen Überlegungen für die längerfristige Entwicklung an uns herantritt. Gefragt ist aber zuallererst eine tragfähige Interimslösung."

Volker Warkentin

Kommunale Impfstelle

Impfbereitschaft soll erhöht werden

In Tempelhof-Schöneberg ist die Einrichtung einer kommunalen Impfstelle im Gespräch.

Damit soll der Bezirk nach dem Willen der BVV auf die seit Jahren rückläufige Impfbereitschaft reagieren. Die Verwaltung soll gemäß einem Antrag von SPD, CDU und Grünen prüfen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Maßnahmen eine kommunale Impfstelle eingerichtet werden kann. Die Einrichtung soll nicht nur Eltern beraten, sondern auch Schutzimpfungen anbieten.

Die nachlassende Impfbereitschaft kann zu einer Ausbreitung von Infektionen wie Masern, Mumps und Röteln führen. So wird seit Jahren die Quote von 95% verfehlt, die Infektionen verhindern soll. Die Herden-Immunität. wie der Fachausdruck lautet, ist wichtig, damit die Zirkulation von Erregern verringert wird und Menschen, die selbst nicht geimpft werden können -wie Personen mit Immundefekten oder Säuglingen- ein geringeres Ansteckungsrisiko haben.

Volker Warkentin

Hilfe für Analphabeten

Alpha-Bündnis in Tempelhof-Schöneberg

Lesen und Schreiben lernen wir alle als Kinder in der Schule – meinen wir. Aber das ist nicht immer so.

Aus vielerlei Gründen können ca. 10 % der Erwachsenen nicht flüssig lesen und schreiben. Nur Wenige gehen mit diesem Defizit offen um. Die Meisten verstecken es vor Kolleg*innen, Freund*innen und vor der Familie. Ein beruflicher Aufstieg kann so kaum gelingen.

Der Bezirk will jetzt Menschen helfen, ihre Lese- und Schreibkompetenzen zu vervollkommnen. Das AlphaBündnis wird durch den Verein Arbeit und Leben – DGB/VHS Berlin-Brandenburg e.V. koordiniert und ist ein Netzwerk von Institutionen, die Analphabetismus im Bezirk bekämpfen wollen. "Wir möchtem so jedem Einzelnen Hilfestellung leisten und die Lebensqualität erhöhen", sagt Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD).

alpha-buendnis@ berlin.arbeitundleben.de Telefon 030 - 513019241

Volker Warkentin



Als Zeichen für die 55-jährige Partnerschaft der Stadt Paderborn mit Tempelhof-Schöneberg übergab der Tempelhofer Maler und Filmemacher Dietrich v. Plettenberg Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler ein Portrait. Seit 50 Jahren lebt der aus Paderborn stammende Künstler in Berlin.

Das Bild sei auch ein Dank an die Bürgermeisterin für ihren Einsatz für Kunst und Kultur, so Dietrich v. Plettenberg.

Foto: P. Rudolphi-Korte

Wir sind AnsprechBar

Die SPD ist in Tempelhof-Schöneberg nicht nur in Wahlkampfzeiten auf der Straße präsent

Jetzt erst recht! Sehr viele Parteimitglieder haben im Wahlkampf großes Engagement an den Tag gelegt. Trotz des schlechten Wahlergebnisses stärkte das den Zusammenhalt innerhalb der SPD. Der auf die Wahlniederlage folgende Boom an Parteieintritten kam zwar überraschend, um so mehr ist er Motivation. Der Zuwachs zeigt, dass die Politik den Menschen ganz und gar nicht egal ist, sondern dass die Auseinandersetzung und das Aufzeigen von Problemen notwendig sind.

Um allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, auch jenseits des Wahlkampfes Anliegen und Probleme loszuwerden, entstand in der SPD Schöneberg die Idee, ein in der Öffentlichkeit präsentes, regelmäßig stattfindendes Angebot zu machen: die 'AnsprechBar'. Bereits am ersten Samstag nach der

Wahl fand der Testlauf statt. Genossen und Genossinnen trugen "Sozi zum Ansprechen"-Sticker, gingen auf die Menschen zu und fragten, was sie von der SPD – von Kiez bis Bund – erwarteten. Der Zulauf war groß.

Michael Biel, Vorsitzender der SPD Schöneberg und auch als "Barkeeper' unterwegs, zum Projekt: "Wichtig ist uns, das, was gesagt wird, zu dokumentieren und an die notwendigen Stellen weiterzugeben. Ziel ist, diese Struktur auszubauen und mit anderen Genoss*innen abteilungsübergreifend zu arbeiten."

Die 'AnsprechBar' bietet die Möglichkeit, einfach und unkompliziert auf die Partei zukommen zu können. Die Barkeeper stellen Fragen, geben Auskunft oder notieren sich Bürger*innen-Anliegen, wenn weitere Informationen erst recherchiert werden müssen. Die Antworten werden



Dienst an der AnsprechBar: Roland Hergesell, Gabriela Schmidt, Martin Martius, Sarah Walter, Michael Biel stehen im Schöneberger Kiez Rede und Antwort.

 sofern gewünscht – direkt an die Bürger*innen geschickt oder bei der nächsten 'AnsprechBar' eine Woche später persönlich weitergegeben.

Neumitglied Gabriela Schmidt steht oft an der 'AnsprechBar' und kann Anliegen benennen: "Die Leute bewegt die soziale, familiäre und wirtschaftliche Situation, sie sorgen sich um ein sicheres Wohnumfeld, um Mietsteigerung, Altersarmut und den Zustand von Schulgebäuden und Spielplätzen. Sie beklagen fehlende Seniorentreff-Einrichtungen."

Obwohl viele Leute zugeben, die SPD nicht mehr gewählt zu haben, ist das Feedback groß: "Viele Menschen sind überrascht, dass wir für Gespräche bereit sind, ohne dass wir Wahlkampf machen oder neue Mitglieder anwerben wollen", freut sich Neumitglied Martin Martius.

In manchen Gesprächen werden Bürger*innen auf andere für sie interessante SPD-Angebote hingewiesen, z.B. auf die Friedenauer Gespräche oder das 'AbendbRot'. Alexia Laakes erzählt: "Ich sprach mit einem Vater und seinem 7-jährigen Sohn. Jeden ersten Donnerstag im Monat gibt es das 'AbendbRot', bei dem wir an einem schön gedeckten Tisch essen und über Aktuelles aus dem Kiez sprechen. Beim nächsten Mal waren die beiden dabei!"

Die AnsprechBar ist inzwischen fast zur Institution geworden; die Leute kommen zahlreich. Sarah Walter stellt fest: "Die Leute wissen es zu schätzen, dass wir einfach mal zuhören und wissen wollen, was wir 'falsch gemacht' haben. Viele sehen es als offene Bürgersprechstunde an."

Wir sind auch per E-Mail für Sie da: AnsprechBar@ spd-schoeneberg.de

Corinna Volkmann

MELDUNGEN

110 Jahre KaDeWe

Ein weltweit bekanntes Kaufhaus der Superlative wird 110 Jahre alt. Wir, die SPD Tempelhof-Schöneberg, gratulieren ganz herzlich. Im März 1907 wurde das KaDeWe vom Unternehmer Adolf Jandorf gegründet. Schon in den Goldenen Zwanzigern stand es für Luxus und Kultur. Die jüdischen Besitzer Tietz wurden durch Nationalsozialisten enteignet. Im 2. Weltkrieg stürzte ein Flugzeug ins Dach und beschädigte das Gebäude sehr. Erst 1950 wurde das KaDeWe wieder aufgebaut und im geteilten Berlin im wahrsten Sinne des Wortes zum Kaufhaus des Westens. Bis heute ist es ein Anziehungsmagnet für Einheimische und Touristen in Tempelhof-Schöneberg!

Tempohomes werden bezogen

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler freut sich über einen lange geforderten Schritt in der Flüchtlingsunterbringung: "Lange hat der Bau der Tempohomes auf dem Vorplatz der Hangars am ehemaligen Flughafen Tempelhof gedauert. Eigene abschließbare ,Wohnungen' für Geflüchtete sind dort entstanden, die am 4.12. bezogen werden sollen. Als Erste werden die jetzigen Bewohner_ innen der Hangars einziehen. Immer noch ca. 200 Menschen leben dort unter schwierigen Bedingungen. Das wird jetzt der Vergangenheit angehören, da die dortige Notunterkunft geschlossen wird. Ein wichtiger Schritt zur Integration ist das selbständige Leben. Dazu gehört auch zu bestimmen, wann und was gekocht wird. Ich freu mich für die Menschen, die damit deutlich flexibler werden. um unter anderem die Integrationsangebote anzunehmen.."

Alle, die sich im Vorfeld in der neuen Wohnanlage am Columbiadamm umsehen wollen, können gern zum Tag der offenen Tür am Sonntag, dem 3.12. nachmittags kommen. Die genaue Uhrzeit bitte im Bezirksamt erfragen.

TSaktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERC IMPRESSUM (Seiten 1, 2, 7, 8)

Herausgeber SPD Tempelhof-Schöneberg Hauptstraße 100 · 10827 Berlin

info@tsaktuell.eu

V.i.S.d.P.:

Dilek Kolat (Kreisvorsitzende)

Auflage: 20.000
Redaktion dieser Ausgabe

Redaktion dieser Ausgabe
Corinna Volkmann, Eva Liebchen,
Ingo Siebert, Lars Rauchfuß,
Manuela Harling, Mario Grotjohann,
Petra Rudolphi-Korte, Ulrich Horb,
Volker Workentin

Satz und Layout interdialog.berlin

Druck

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Berliner Stadtblatt
THEMA 3

Gesagt. Getan. - Ein Jahr Rot-Rot-Grün

Eine Bilanz der fünf SPD-geführten Ressorts

Finanzen



Mit Investitionen in eine gute Zukunft

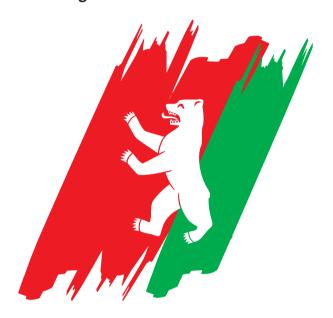
Nach harten Konsolidierungsphasen können wir jetzt mit Mut und Zuversicht in die Zukunft gehen. Berlin steht vor einem Jahrzehnt der Investitionen. Allein in den nächsten beiden Jahren sollen rund 4,5 Mrd. Euro für ein modernes Berlin investiert werden. Im Sondervermögen "Wachsende Stadt und Nachhaltigkeit" (SI-WANA) sind 1,16 Mrd. Euro im Topf. Finanziert werden damit unter anderem Sanierungsmaßnahmen am Klinikum Neukölln und am Benjamin Franklin, denn nur in gut ausgestatteten Kliniken können wir die Menschen in Berlin bestmöglich versorgen.

Wir möchten den Alltag der Berlinerinnen und Berliner verbessern: Mit neuen Zügen für die U5, und 50 Mio. Euro für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur stehen wir für ein Verkehrskonzept, das allen zu Gute kommt – und das bei sinkendem Schuldenstand.

Eine funktionierende Verwaltung für die wachsende Stadt

Berlin wächst und mit der Stadt wächst die Verwaltung. Die Berlinerinnen und Berliner sind aber auf eine schnelle und effiziente Verwaltung angewiesen. Wir setzen dem jahrelangen Stellenabbau in den Bezirksämtern ein Ende. Im Doppelhaushalt 2018/2019 sind 4.900 zusätzliche Stellen vorgesehen. Die deutlich bessere Personalausstattung bedeutet weniger Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Denn unsere Stadt kann sich Stillstand nicht leisten.

Rot-Rot-Grün bringt die Stadt voran. Wir stehen für eine solidarische, offene und sichere Stadt. Eine Stadt, auf die sich die Berlinerinnen und Berliner verlassen können. Mit dem Jahrzehnt der Investitionen sorgen wir dafür, dass wir auch in Zukunft gut aufgestellt sind. Gute Schulen, eine sichere Stadt, eine funktionierende Verwaltung, bessere Pflege und eine nachhaltige Investition in Forschung und Lehre zeigen, dass die SPD geführten Ressorts sich an ihr Versprechen, Politik für die Berlinerinnen und Berliner zu machen, halten. Mit uns an der Spitze werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Mit Mut, Respekt und Verantwortung. Für ein Berlin für alle.



Pflege



Mehr Personal für funktionierende Gesundheitsämter

Wir stärken den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). In den nächsten Jahren werden über 400 neue Stellen geschaffen und die Gesundheitsämter damit personell um 25 % aufgestockt. Damit sichern wir die gesundheitliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner.

Kostenfreies WLAN in Berliner Krankenhäusern

Der Zugang zu WLAN gehört heute zur Grundversorgung wie Strom oder Wasser. Mit unserem Programm für kostenloses WLAN investieren wir in einer ersten Stufe knapp 5 Millionen Euro.

Bessere Beratung, bessere Pflege

Mit der Eröffnung des 36. Pflegestützpunktes in Berlin haben wir die Pflegeberatung in der Stadt ausgebaut. Die Pflegestützpunkte beraten kompetent und kostenlos Pflegebedürftige und betroffene Angehörige über Pflegeangebote, Umbaumaßnahmen in Wohnungen oder Selbsthilfegruppen.

Gleichzeitig wollen wir die Pflegebedürftigen besser in den stationären Pflegeeinrichtungen betreuen. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte helfen den Pflegebedürftigen.

Bildung

Bessere Schulen für bessere Bildung

Die Schulbauoffensive hat begonnen: Rund 830 Millionen Euro hat die Koalition in diesem Jahr für Schulbau und Schulsanierung zur Verfügung gestellt. Das sind über 180 Mio. Euro mehr als 2016 und damit so viel wie noch nie (35 % mehr als 2016). Allein in den Herbstferien wurde an 250 Berliner Schulen gebaut und saniert. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler brauchen Schulen, die Lust auf Lehren und Lernen machen. Gute Lehr- und Lernorte bilden die Basis für eine erfolgreiche Bildungskarriere.

Bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte

Motivierte Lehrkräfte unterstützen und fördern unsere Kinder. Unser Respekt gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern in Berlin zeigt sich auch in der Bezahlung der Grundschullehrkräfte. Denn gerade die Grundschule ist für den weiteren Bildungsweg entscheidend. Berlin ist Vorreiter bei der besseren Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Als erstes Bundesland sorgen wir dafür, dass sie die gleiche Bezahlung bekommen, wie ihre Kollegen an den Oberschu-



Fotos: Adobe Stock · Marco Scisetti (Finanzen) | Adobe Stock · Ocskay Bence (Pflege) Adobe Stock · Kzenon (Bildung) | Adobe Stock · chalabala (Inneres)

Wissenschaft

Größte Budgetsteigerungen, mehr Lehrkräfte und bessere Bezahlung

In den nächsten fünf Jahren erhalten die Berliner Hochschulen durch die Hochschulverträge jedes Jahr 3,5 % mehr Geld. Mit dem Rekordplus von insgesamt 650 Mio. Euro werden bessere Rahmenbedingungen in Lehre und Forschung gesichert. Um den Lehrermangel längerfristig in den Griff zu bekommen, soll die Zahl der Lehramtsabsolventen von derzeit 1.000 bis zum Jahr 2022 auf 2.000 pro Jahr gesteigert werden. Gut 70 Mio. Euro werden in den Ausbau der Ausbildungskapazitäten investiert. Lehrbeauftragte an Hochschulen werden besser bezahlt und der Anteil unbefristeter Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau wird weiter erhöht.

Innovative Forschung und Lehre für bessere medizinische Versorgung

Der Charité-Vertrag 2018-2022 stärkt die Rahmenbedingungen für innovative Forschung und Lehre in der größten deutschen Universitätsklinik und sichert damit die bestmögliche medizinische Versorgung für die Berlinerinnen und Berliner. Mit jährlichen Budgetsteigerungen von 3,5 % erhält die Charité in den kommenden fünf Jahren zusätzlich 114 Mio. Euro. Wie an den Hochschulen steigt der Anteil unbefristeter Verträge wissenschaftlichen Personal im akademischen Mittelbau. Um dem dringenden Bedarf an Pflegefachkräften zu entsprechen, richtet die Charité hierfür einen neuen Studiengang ein und erhält im Rahmen des Vertrags insgesamt 7,9 Mio. Euro.

Forschung für die Zukunft

Neue wissenschaftliche Impulse werden gezielt durch Förderung neuer und Ausbau bestehender Forschungskompetenzen geschaffen. Dazu zählt die Digitalisierung, mit dem Einstein Center für Digitale Zukunft sowie dem Deutschen Internet Institut, die Migrations- und Integrationsforschung, die islamische Theologie, die Konflikt-, Friedens- und Terrorismusforschung oder etwa die Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen.

Zudem stärken die Hochschulverträge ganz bewusst die Forschungskooperation zwischen den Hochschulen und die Nutzung von Synergien



Inneres

Eine sichere Stadt für alle

Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich in der Stadt sicher fühlen. Unsere Freiheit ist ohne persönliche und öffentliche Sicherheit nicht denkbar. Der Berliner Senat hat deshalb ein Präventions- und Sicherheitspaket beschlossen, um die Berliner Sicherheitsarchitektur zu überprüfen und wo nötig zu verbessern. 4,7 Mio. Euro stehen etwa für Prävention und Deradikalisierung zur Verfügung. Wir möchten so früh wie möglich Angebote schaffen, um Menschen abzuholen, bevor sie sich radikalisieren. Wir sehen hin und helfen.

Polizeipräsenz sichern

Die Berliner Polizei wird weiterhin insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten und Brennpunkten in der Stadt eine erhöhte Präsenz zeigen und mit Barrieren für eine besondere Sicherung sorgen. Auch das Konzept der "Alexwache" setzt auf eine dauerhafte Polizeiprä-

senz: Hier werden noch vor Weihnachten Beamtinnen und Beamte des Landes und der Bundespolizei zusammen mit dem Ordnungsamt Mitte rund um die Uhr für mehr Sicherheit auf dem Alex sorgen. Auch mit der BVG gibt es eine enge Kooperation: Die gemeinsamen Streifen sorgen für mehr Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr.

Ausstattung der Sicherheitsbehörden stärken

Um die zu schützen, die uns schützen, sorgen wir für eine bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr. Das umfasst z.B. die Anschaffung und Verbesserung von Schutzwesten, die Ausstattung mit Fahrzeugen, die Modernisierung von Rettungsfahrzeugen, die Schutzausstattung der Feuerwehr, eine moderne Bewaffnung der Polizei, die Einrichtung mobiler Wachen sowie die Verbesserung des Digitalfunks. Dafür werden in diesem Jahr aus dem Haushalt 40,5 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt.

4 BERLIN Berliner Stadtblatt

Glühweinduft und Kunsthandwerk

Das sind Berlins schönste Weihnachtsmärkte

Leuchtende Weihnachtssterne, der Duft von Glühwein und edle Handwerkskunst: Weit über hundert Berliner Weihnachtsmärkte locken in diesen Tagen zum Besuch. Alle haben sie ihren eigenen Charakter: die einen glitzernd-rummelig, die anderen traditionell und heimelig.

Weihnachtsmärkte haben in Berlin eine lange Tradition. Zwei Mariengroschen waren 1530 fällig, damit Händler "Honigkuchen und andere Syrupteiggebäcke" rund um Petriplatz und Molkenmarkt anbieten konnten. Solch mittelalterliche Atmosphäre lebt auch jetzt wieder auf, zum Beispiel auf dem Weihnachtsmarkt auf dem RAW-Gelände in Berlin-Friedrichshain (Mo-Do 15 bis 22 Uhr, Fr und Sa 12 bis 22 Uhr, So 12 bis 19 Uhr). Dort, wo die Clubszene zu Hause ist, zeigen im Dezember Töpfer, Schmiede und Holzschnitzer beim Schein von Fackeln und Feuerstellen ihre Kunst. Dazu gibt es heißen Honigwein und Akrobatik.



Die winterliche Zeltstadt auf dem Gendarmenmarkt lockt auch in diesem Jahr wieder viele Besucherinnen und Besucher an

Unweit der Hackeschen Höfe bietet die **Sophienstraße** in Mitte an den Adventswochenenden (Sa 12 bis 20 Uhr, So 11 bis 19 Uhr) eine stimmungsvolle Kulisse für den 22. Umwelt- und Weihnachtsmarkt – mit natürlichen und regionalen Produkten sowie Design- und Handwerksarbeiten.

Rund um den Kollwitzplatz öffnet an den ersten drei Dezembersonntagen (12 bis 19 Uhr) ein vorweihnachtlicher Ökomarkt. Und die **Domäne Dahlem** lädt an den Adventswochenenden (11 bis 19 Uhr, Eintritt 3 Euro) wieder zum Bummel und zu Kutschfahrten in ländlicher Umgebung ein.

Der große Markt vor dem kunstvoll angestrahlten Schloss Charlottenburg ist in diesem Jahr um einen Kinder-Weihnachtsmarkt an der Orangerie mit Eisenbahn und Mini-Achterbahn erweitert (Mo-Do 14 bis 22 Uhr, Fr-So 12 bis 22 Uhr). Malerei, Fotografie und Textilarbeiten sind an den Adventssonntagen auf dem Markt am Mexikoplatz (11 bis 19 Uhr) zu finden.

Am Gendarmenmarkt ist wieder eine kleine Zeltstadt entstanden, in der es Glühwein, weihnachtliche Delikatessen, Glasbläserkunst und Keramik gibt, untermalt mit weihnachtlichen Klängen auf einer Bühne vor dem Konzerthaus (bis 31. 12., 11 bis 22 Uhr, Eintritt 1 Euro).

An skandinavische Weihnachtstraditionen knüpft der Lucia-Markt im Hof der Kulturbrauerei (bis 23. Dezember, Mo-Fr 15 bis 22 Uhr, Sa/So 13 bis 22 Uhr) mit Handwerk, nostalgischem Kettenkarussell und schwedischen Köstlichkeiten an.

Nordisch geht es auch auf dem **Gutshof Schloss Britz** zu (15.-17.12. und 22.-26.12,

11-21 Uhr (Fr ab 14 Uhr), 24.12. geschlossen, Eintritt 3 Euro). Im Schein des Feuers werden hier Kerzen gedreht und Hölzer gedrechselt.

Für ungewöhnliche und kreative Geschenkideen sorgen die Designer, die ihre Produkte beim "Holy Shit Shopping" am 16./17.12. in der **Arena** in Treptow (Eichenstr. 4, ab 12 Uhr) anbieten.

Nach dem bedrückenden Attentat am Breitscheidplatz im vergangenen Jahr sind die Sicherheitsvorkehrungen in diesem Jahr verstärkt worden. Betonpoller schirmen die Stände von den Straßen ab. So werden auch die großen kommerziellen Weihnachtsmärkte rund um die Gedächtniskirche, in der Spandauer Altstadt, am Alexanderplatz, die Winterwelt am Potsdamer Platz oder der Markt vor dem Roten Rathaus mit mittelalterlichen Marktgassen und dem Riesenrad wieder gut Ulrich Horb besucht sein.

Alle Märkte im Überblick: www.weihnachteninberlin.de

KURZ NOTIERT

HÖHERE ZUSCHÜSSE FÜR MIETKOSTEN

Ab 2018 werden die Mietzuschüsse für einkommensschwache Haushalte erhöht. Darauf hat sich der rot-rot-grüne Senat verständigt. Konkret geht es um die Mieten von Betroffenen, die den aktuellen Richtwert um nicht mehr als 10 Prozent übersteigen."

Dazu die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ülker Radziwill: "Durch die Einbeziehung der in der Single-Hauptstadt Berlin besonders begehrten kleinen Wohnungen unter 40 Quadratmeter sowie der mittleren Wohnlagen sind die Richtsätze der AV Wohnen spürbar angestiegen. Insbesondere für 18.000 Familien und 16.000 Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern bedeutet das, dass sie ihre Miete nicht mehr aus dem Kühlschrank bezahlen müssen."

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken (Seiten 3, 4, 5,6)

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion: Christina Bauermeister, Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte Döinghaus

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus Satz & Grafik: Hans Kegel · SPD Berlin Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Viel Lärm ums stille Örtchen



Eine City-Toilette am Kudamm Ecke Schlüterstraße Foto: Rosenbaum

Warum es richtig ist, dass der Senat den Betrieb der öffentlichen Toiletten neu gestalten will

Sie gehören seit 1994 zum Berliner Straßenbild: Die 172 City-Toiletten, die vor allem auch durch ihre Werbeflächen auffallen. Schon der vorige Senat von SPD und CDU hatte beschlossen, den Betrieb der öffentlichen Toiletten neu auszuschreiben. Allerdings will die CDU nichts mehr davon wissen und alles beim Alten belassen. Und zwar wider besseres Wissen.

Eine Legende sitzt noch immer in vielen Köpfen: Die vom kreativen mittelständischen Berliner Unternehmer Hans Wall, der sich fast schon uneigennützig um die "Stadtmöblierung" kümmert und moderne WCs an die Stelle versiffter "Bedürfnisanstalten" gesetzt hat. 1994 machte der Diepgen-Senat mit ihm einen Deal: Wall installiert auf eigene Rechnung die Toiletten und darf sie nach Belieben als Werbeflächen nutzen. Inzwischen aber gehört Wall

Sie gehören seit 1994 zum
Berliner Straßenbild: Die
172 City-Toiletten, die vor
allem auch durch ihre Werbeflächen auffallen. Schon
mehrheitlich die Firma gar
nicht mehr, sondern einem
französischen Konzern. Und
der will nicht offenlegen, was
er aufwendet und einnimmt.

Zu den wettbewerbsrechtlichen Bedenken kommt hinzu, dass die City-Toiletten in die Jahre gekommen sind. Bei einer Stichprobe war fast jede vierte Toilette gerade nicht benutzbar. Zudem haben die City-Toiletten eine extrem unterschiedliche Auslastung, was nahelegt, noch einmal über die richtigen Standorte nachzudenken.

Der SPD-Umweltexperte Daniel Buchholz sagt: "Es geht um eine Verbesserung bei der Versorgung mit öffentlichen Toiletten. Die ungleiche Verteilung in den Bezirken bildet den Bedarf nicht ab. Es muss einen erheblichen Zuwachs mit über 100 neuen Standorten geben, folgt man dem Bedarf, den Bezirke und Sozialverbände benannt haben."

Außerdem sei, so Buchholz, eine Koppelung mit Werbegeschäften laut Kartellamt nicht rechtens.

Noch bis Ende 2018 läuft der Vertrag mit der Wall AG, die selber kein Interesse mehr an einem Weiterbetrieb hat, wenn das Werbegeschäft wegfällt. Im November 2017 wurde der Vertrag neu ausgeschrieben, wenn Anfang 2018 die Vergabe erfolgt, könnte es im Jahr 2019 sogar noch mehr öffentliche Toiletten geben. Die Panikmache der CDU, wonach sich die Bürgerinnen und Bürger in der Übergangszeit in Dixi-Klos zwängen müssten, ist Unsinn.

Es gibt auch die Option, dass der Senat die Wall-Toiletten kauft. Bisher gehen jedoch die Vorstellungen über den Kaufpreis noch auseinander. Und selbst wenn es zwischen Abbau der alten und der Errichtung neuer Toiletten zu einer Verzögerung kommen sollte, gibt es bessere mobile Lösungen als Dixi-Klos.

Auf eines hat sich der Senat bereits festgelegt: Die Benutzung wird auch künftig nur 50 Cent kosten und für Behinderte gratis sein – sie erhalten einen speziellen Schlüssel. Den Senat kostet der Betrieb einige Millionen Euro im Jahr, aber die künftigen Betreiber würden Einnahmen abführen und die Werbeflächen werden getrennt vergeben – auch diese Einnahmen wandern in die Staatskasse.

Ulrich Rosenbaum

Das ist typisch Deutsch

Engagierte Geflüchtete berichten, was für sie Deutschland ausmacht

In einer neuen Plakatkampagne des Berliner Senats bekennen Geflüchtete Farbe, die in Berlin eine neue Heimat gefunden haben und sich aktiv für andere und das gemeinsame Zusammenleben engagieren.

Initiatorin der Kampagne ist die Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement Sawsan Chebli (SPD). Sie erklärt: "Ich habe in den letzten Monaten viele engagierte Geflüchtete getroffen, die alle eins gemeinsam haben: Sie haben ihre Heimat verlassen und eine neue in Berlin gefunden.

Noor al Ghosh rief eine Blutspende-Aktion nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz ins Leben. Und dieser neuen Heimat fühlen sie sich verpflichtet." Acht Geflüchtete zeigen

auf den Plakaten ihr Gesicht und erzählen zum einen ihre Erfolgsgeschichte und zum anderen, was für sie typisch Deutsch ist. Ziel dieser Kampagne ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Geflüchtete nicht nur "nicht integrierbar" sind, sondern auch Verantwortung übernehmen und der Gesellschaft durchaus etwas zurückgeben können und mitunter schon haben. So wie etwa Mohammed Noor al Ghosh, der Hilfsbereitschaft für typisch Deutsch hält und nach dem Anschlag am Breitscheidplatz unter Geflüchteten zum Blutspenden auf-

Chebli ruft auch die Berlinerinnen und Berliner auf, sich zu bekennen - und zwar gegen Hass und Hetze. Auf der neuen Website www.farbenbekennen.de kann sich jeder informieren, Social-Media-Wettbewerb fordert die Hauptstadtbewohner auf, zu erzählen, was sie für typisch deutsch halten. Entstehen soll ein Mosaik aus vielen Menschen, die sich helfen und sich einander verpflichtet fühlen.

Foto: farbenbekennen.de

Berliner Stadtblatt

BERLINER LEBEN

5

Vom Beton der Stasi verschont

Verein »Berliner Unterwelten« baut Besuchertunnel an der Bernauer Straße

Am Ende fehlten nur wenige Meter, bis die Tunnelgräber 1971 die Brunnenstraße nach mehr als 100
Metern Tunnellänge und
mehr als neun Monaten
Grabungszeit den Ostteil
Berlins erreicht hätten. Nur
wenige Meter trennten die
Fluchthelfer von den Menschen, denen sie ein Leben
in Freiheit ermöglichen
wollten.

Doch anders als frühere Tunnel konnten die Westberliner Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer diesen nicht fertigstellen. Die Stasi kam ihnen kurz vor dem Ziel auf die Schliche. Was beide nicht wussten: Bereits im Mai 1970 hatte die Stasi entlang der Bernauer Straße ein Tunnelortungssystem installiert mit Mikrofonen zur Geräuschortung. Und so war es nur eine Frage der Zeit, bis die Stasi mithilfe von Ulltraschallgeräten herausbekam, wo sie graben musste.

Im Februar 1971 wurde

die Stelle im Todesstreifen vom VEB Spezialtiefbau aufgegraben und der Tunnel größenteils mit Beton verfüllt. Von der anderen Seite der Mauer konnten Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer von einem Podest an der Bernauer Straße nur hilflos zuschauen.

Doch da der Tunnel horizontal in Richtung Brunnenstraße verlief, wurde das östliche Ende vom Beton der Stasi verschont.

Genau dieses Ende ist es, was der Verein Berliner Unterwelten nun durch einen neu entstehenden Besuchertunnel kreuzen will. Für den Vorstandsvorsitzenden des Berliner Unterwelten e.V., Dietmar Arnold, ist der Bau des 30 Meter langen Besuchertunnels das "aktuell wichtigste Vereinsprojekt". Erstmals werde damit ein noch erhaltener Fluchttunnel für die Allgemeinheit sichtbar gemacht. Seinen Ausgangspunkt wird der



Damalige Fluchthelfer Ulrich Pfeifer (I.) und Hasso Herschel (r.)

Tunnel im Keller der früheren Oswald-Berliner-Brauerei an der Brunnenstraße 143 haben. Dort lagern bereits einige Dutzend der insgesamt 360 Fertigbeton-

Segmente, die die Vereins-Ehrenamtlichen mit fachmännischer Hilfe in den kommenden Monaten verbauen werden. Gegraben wird dabei so wie im Jahr Foto: Bauermeister

1971: manuell. High-Tech-Geräte, die die unterirdischen Arbeiten erleichtern oder beschleunigen würden, kommen nicht zum Einsatz. Mit einem dreiviertel Jahr

Bauzeit rechnet Dietmar Arnold ungefähr. Im Sommer 2018 soll der Tunnel fertiggestellt sein. Die Baukosten belaufen sich auf rund 200.000 Euro.

Die Bernauer Straße an der Grenze zwischen den Ortsteilen Gesundbrunnen und Mitte war ein Brennpunkt für Tunnelfluchten von Ost- nach West-Berlin. Auf einer Streckenlänge von nur 350 Metern wurden die Grenzsperranlagen dort sieben Mal untertunnelt.

C. Bauermeister

Berliner Unterwelten e.V.
Brunnenstr. 105
13355 Berlin

Dezember bis Februar: Do bis Mo 10 bis 16 Uhr, Di und Mi 10 bis 14 Uhr

Geschlossen: 23. bis 26. Dezember 2017, 1. Januar 2018

Tickets über www.reservix.de oder am Ort der Tour www.berliner-unterwelten.de

Ernst Reuter als Sowjetkommissar

Ausstellung über den Einfluss der Russischen Oktoberrevolution

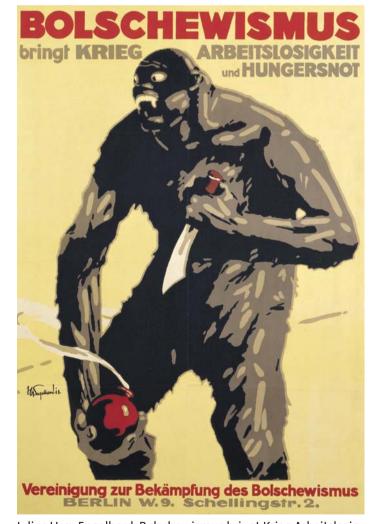
"Wenn als Erbe der bankrotten Staatsgewalt nicht ein demokratisches, sondern ein diktatorisches Regime auftritt, verschlimmert es die Situation, da es den Bürgerkrieg zur notwendigen Folge hat. Die Diktatur der unteren Schichten ebnet den Weg für die Diktatur der Säbel." Das formulierte der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky (1854 bis 1938) in seiner berühmten Schrift "Die Diktatur des Proletariats", die er 1918 unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution herausgab.

Das Werk ist eine ebenso kluge wie beherzte Abrechnung mit den "bolschewistischen Genossen" (Kautsky), die Russland zu der Zeit mit einem Bürgerkrieg überzogen, der zwischen acht und zehn Millionen Opfer forderte.

Ein Exemplar von Karl Kautskys Abrechnung mit der "Diktatur der Säbel" ist in einer der Glasvitrinen ausgelegt, die zurzeit in einer Jubiläums-Ausstellung zu 100 Jahren Oktoberrevolution im Deutschen Historischen Museum zu sehen ist.

Dort sind über 500 Exponate von mehr als 80 internationalen Leihgebern ausgestellt, darunter Gemälde, Plakate, Porzellan, Statuen, Uniformen, Alltagsgegenstände und Fotografien.

Eine Aufnahme zeigt den späteren Berliner Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter als jungen Soldaten im Ersten Weltkrieg. In rus-



Julius Ussy Engelhard, Bolschewismus bringt Krieg Arbeitslosigkeit und Hungersnot, Plakat der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus, 1918 © Deutsches Historisches Museum

sischer Gefangenschaft wurde Reuter zum überzeugten Kommunisten und avancierte unter den Bolschewiki gar zum Volkskommissar. Zurück in Deutschland rückte Ernst Reuter mehr und mehr von der KPD ab und fand 1922 wieder zur Sozialdemokratie zurück.

Der Lebensweg des jungen Reuter zeigt beispielhaft, wie fasziniert große Teile auch der deutschen Arbeiterklasse – zumal Intellektuelle – von der Dynamik und Wucht der Revolution in Russland waren. Ihr Höhepunkt war die Machtübernahme durch Wladimir Iljitsch Lenin. Dieser gilt als Staatsgründer der Sowjetunion, die er 1922 auf dem Blut der Bürgerkriegsopfer formierte.

Auch wenn sozialdemokratische Theoretiker wie Karl Kautsky immer wieder an das marxistische "Gesetz" erinnerten, dass "Revolutionen sich nicht machen lassen können, sondern dass sie aus den Verhältnissen entspringen", machten sich auch in West- und Süd-Europa (nicht nur) Kommunisten daran, dem russischen Vorbild nachzueifern.

In Deutschland wurden Arbeiter- und Soldatenräte installiert, die bald scheiterten – trotz reger Unterstützung durch die russische Botschaft in Berlin für den kommunistischen Spartakusbund unter Leitung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dafür sind interessante Belege in der Revolutionsausstellung zu studieren – aber auch großartige, mitreißende Werke jener Kulturepoche.

Sie zeigen, dass die Russische Revolution von 1917 wahrscheinlich das erste Ereignis der Menschheitsgeschichte war, in dem die neue und wirkmächtige Massensprache der Filme, Fotografien und Plakate eine buchstäblich revolutionäre Rolle spielte.

Uli Schulte Döinghaus

"1917. Revolution. Russland und Europa"

Öffnungszeiten:
täglich 10 bis 18 Uhr,
Eintritt bis 18 Jahre frei,
Tagesticket 8 Euro,
ermäßigt 4 Euro
Deutsches Historisches
Museum, Unter den Linden 2,
10117 Berlin
Telefon 030. 20304-0
E-Mail: info@dhm.de
www.dhm.de/ausstellungen

Netz und Demokratie

10 Wege aus der digitalen Unmündigkeit

Die Digitalisierung hat mit Industrie 4.0 nicht nur die Wirtschaft erobert, sondern auch den Politikbetrieb: Hackerangriff auf den Bundestag, politische Kompromittierung mit gehackten und veröffentlichten E-Mails, Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Fake News und Social Bots, d.h. mit computergenerierte anonyme Meinungsäußerungen im Internet, usw. Vor Jahren war dies noch als überzogene Apokalypse eingeschätzt worden. Nun ist es zur Realität geworden.

Aleksandra Sowa analysiert in ihrem Buch die politische Dimension der Digitalisierung und die damit verbundenen Konsequenzen. Sie spannt einen großen Bogen von Big Data Mining, der Datensammelwut, bis zur Nutzung der Digitalisierung durch politische Organisationen einschließlich der Parteien. Dabei erinnert sie u.a. an das Experiment des virtuellen Ortsvereins in der SPD.

Sie spürt der Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von den Parteien nach, den Trends zu vermeintlich demokratisch anmutenden Willensäußerungen via Internet. Für die Demokratie ist es durchaus überlebenswichtig, ob scheinbar neutrale Zahlenwerke tatsächlich politische Aussagekraft besitzen. Mit Blick auf die USA wird die Computerisierung mit Wahlautomaten infrage gestellt. Die Autorin, die im Datenschutz eines

großen Technologiekonzerns tätig ist, skizziert sachkundig die aktuelle Problemlage. Sie kennzeichnet die Schwachstellen der digitalen Entwicklung und bietet denkbare Lösungsmöglichkeiten.

Sowa plädiert für mehr Aufklärung, vor allem für mehr Selbstverantwortung der Nutzer der digitalen Welt. Sie sieht die Notwendigkeit, konkrete Rahmenbedingungen und politische Leitplanken für die Digitalisierung zu schaffen. Zuweilen liest sich das Buch wie eine atemlose Parforcejagd durch das Thema, das eine große Bandbreite ausweist und leider an vielen Stellen wünschenswerten Tiefgang vermissen lässt.

Gunter Lange



Aleksandra Sowa,
Digital Politics,
So verändert das Netz
die Demokratie,
Verlag J.H.W. Dietz
Nachf., Bonn,
180 Seiten, 2017, 12,90 €,
ISBN 978-3-8012-0508-9

6 SERVICE · RÄTSEL Berliner Stadtblatt

Bankkonto: Richtig sparen

Die Kontoführung ist so teuer wie nie – noch gibt es kostenlose Alternativen

Die Entwicklung bei Banken und Sparkassen wird für Kundinnen und Kunden unerfreulicher. Filialen werden geschlossen, Serviceleistungen reduziert und Gebühren erhöht.

Alles kam ins Rutschen, als die Postbank vor zwei Jahren auf einmal fast neun Euro Kontoführungsgebühren pro Monat von allen verlangte, die nicht mehr als 3.000 Euro monatliches Einkommen haben. Das Berliner Stadtblatt hat sich für Sie umgeschaut und ausprobiert, welche Banken für wen infrage kommen.

Die wichtigste Frage: Brauche ich noch eine Bank mit Schalter-Service? Die klassischen Regionalbanken in Berlin lassen sich das gut bezahlen. Die Stiftung Warentest hat genauer hingeschaut. Bei der Berliner Sparkasse bezahlt man je nach Kontomodell von 44 bis zu 124 Euro im Jahr für die Kontoführung. Bei der Volksbank Berlin sind es zwischen 70 und 200 Euro. Dabei sind die Zeiten der "Bank um die Ecke" nicht mehr das, was sie mal waren: Beide Berliner Banken haben reihenweise Filialen geschlossen und nur noch Bankautomaten übriggelassen.

Als regionale Bank zählt zudem die Sparda-Bank Berlin. Hier muss man jedoch – ebenso wie bei der Volksbank – einen Genossenschaftsanteil zeichnen sowie 700 Euro Mindesteinkommen haben.



Diese Sparkassen-Filiale am Steglitzer Damm wurde vor kurzem geschlossen.

Foto: Rosenba

Auch überregionale Institute wie Deutsche Bank oder Unicredit Hypovereinsbank sind und waren schon immer teuer. Die Commerzbank, die eine Reihe von Filialen in Berlin unterhält, bietet dagegen ein kostenloses Konto ab 1.200 Euro Monatseinkommen; die Santander Bank, die ebenfalls mehrere Filialen betreibt, sogar eine kostenlose Kontoführung ohne Bedingungen.

Die Krise der Banken ist zum einen auf die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und andererseits auf die Digitalisierung zurückzuführen. Immer mehr Menschen führen ihre Konten nur noch online. Wem das reicht, für den sind

vor allem zwei Banken unschlagbar günstig: Die DKB und die Ing-DiBa, die aus der Fusion der gewerkschaftseigenen DiBa mit der niederländischen Ing-Bank entstanden ist. Bei beiden ist nicht nur das Konto kostenlos: Neben der Giro- ist auch die Visa-Card gratis, mit der man an allen Automaten egal welcher Bank - gebührenfrei Bargeld abheben kann. Die Ing-Diba hat für größere Barbeträge auch in Berlin ein paar Dutzend "stumme Filialen", also eigene Automaten an Tankstellen und in Einkaufszentren. Weitere günstige Online-Banken sind Comdirect und die Consumer Bank von Santander sowie die Norisbank und die Consorsbank.

Ein Kriterium sind für nicht wenige Bankkunden die Überziehungszinsen. Deren Spanne reicht derzeit von 6,50 Prozent bei der Comdirect bis zu stolzen 11,66 Prozent bei der Sparda-Bank Berlin.

Fazit:Wer keinen Schalterservice braucht, ist mit Comdirect, DKB und Ing-DiBa gut bedient, wobei die Ing-DiBa den besseren Bargeld-Service bietet. Wer gelegentlich persönlichen Service wünscht, ist bei der Santander Bank oder – bei ausreichendem Einkommen – der Commerzbank am besten aufgehoben.

U.R.

Schneeflocke wird Pflicht

Ein gezacktes Dreieck mit einer Schneeflocke: Wer neue Winterreifen kauft, sollte auf dieses Symbol achten. Denn ab 1. Januar 2018 reicht die Bezeichnung "M+S" nicht mehr aus, das neue Alpine-Symbol wird Pflicht. Vorhandene Winterreifen müssen jedoch nicht sofort ersetzt werden.

Bei den Reifenprofilen und Materialien wurde für die Erlangung des Kennzeichens nicht viel geändert. Man kann weiterhin mit den M+S-Reifen im Winter fahren. Ab dem 1. Januar gilt das Alpine-Symbol nun eben für alle Hersteller verpflichtend, vor allem für die, die ihre Reifen im Internet anbieten.

Besonders für Lkw und Kleintransporter ist die neue Regelung wichtig. Gerade der zunehmende Schwerlastverkehr erfordert im Winter bei überfrierender Nässe oder Schneematsch mehr Sicherheit auf der Straße.

Änderungen beim Mutterschutzgesetz

Das neue Mutterschutzgesetz ist zum Teil schon 2017 in Kraft getreten – einige Änderungen gelten erst ab Anfang 2018.

Die Schutzfrist von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt des Kindes gilt künftig auch für Schülerinnen und Studentinnen. Sie werden in dieser Zeit von Pflichtveranstaltungen befreit.

Um den Arbeitsschutz zu verbessern, müssen Arbeitgeber künftig für jeden Arbeitsplatz eine Gefährdungsbeurteilung erstellen - unabhängig davon, wer dort arbeitet und ob eine Mitarbeiterin schwanger ist. Es wird jeweils überprüft, ob hier besondere Schutzbedürfnisse für schwangere oder stillende Frauen bestehen. Zusätzlich sollen vertiefte Gefährdungsbeurteilungen für den individuellen Arbeitsplatz der betreffenden Mitarbeiterin vorgeschrieben werden. Bislang gilt das nur für Arbeitsplätze, an denen mit möglicherweise belastenden chemischen, biologischen oder physikalischen Stoffen gearbeitet wird.

Das Gesetz sieht auch ein allgemeines Beschäftigungsverbot für werdende Mütter vor, die Arbeiten in einem vorgegebenen Zeittempo erledigen sollen. Derzeit ist nur die Beschäftigung von Schwangeren für Fließbandund Akkordarbeit ausgeschlossen und das Arbeiten in einem langsameren Zeittakt erlaubt.

Neu ist auch, dass die Regelungen zur Mehr- und Nacharbeit branchenunabhängig gefasst werden und Frauen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Arbeitszeit bekommen. Außerdem gilt zukünftig für Frauen, die nach der zwölften Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt haben, ein Kündigungsschutz. SB

Berliner Preisrätsel

1 2 3 4 5 6 7 8 10 11</td

ZU GEWINNEN SIND 5 BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- Niente, nada,
- nichego Spiel zu dritt
- mit Ansage 7 legendäres

10 gründlich

- Scheuermittel
- **11** Verbindung zwischen Knochen
- **12** sicher rollen bei Nässe und Schnee
- **14** Schneebretter, altmodisch
- **15** Okay nach
- Testerfolg **18** freud- und lieblos
- **20** Ackertier
- **22** wann kommst du
- geschneit? (2)
- **25** ausgezeichnet
- **27** opernreif überschwänglich
- **28** wieder zu Kräften kommen
- 29 südpazifische Traumregion

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 2 stachliger
- Winterschläfer Umfang, oft mit
- Sorgenmaß

 ungeliebtes Nutztier
- 5 wann kommst du
- geschneit? (1)
- NordafrikanerHerausragendes Fremdwort
- im Lied trägt er Blätter, in Wirklichkeit nicht
- **9** gegossene Weissagung
- 13 Uhu, ganz in Weiß
- **16** haben Radfahrer immer
- **17** Präposition
- **19** selten
- 21 lat. Bries
- Wellness gegen trockene Haut
- 24 dort stand Nante meist
- herum **26** Vorläuferin des Euro

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben die wunderbar poetische Beschreibung eines astronomischen Phänomens, das schon Annette Humpe und Adel Tawil zu einem Song inspiriert hat.

Bitte schicken Sie dieses

Lösungswort auf einer

Postkarte bis 31.12.2017

per Post an das

Berliner Stadtblatt,

Müllerstr. 163, 13353 Berlin

oder per E-Mail an raetsel@

berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsensendungen verlosen wir 5 Bücher zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe: KANZLERAMT Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Solidarische Pflege

... denn Pflege geht uns alle an!

Wie in der ganzen Republik wird auch in Berlin die Bevölkerung immer älter und damit immer häufiger auch pflegebedürftig. Während heute rund 116.500 Berlinerinnen und Berliner Pflege benötigen, werden es im Jahr 2030 bereits 170.000 Menschen sein. Das ist eine Steigerung um 45 Prozent in nur 13 Jahren!

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Pflege in den letzten Jahren von der Politik stiefmütterlich behandelt worden ist. Auch wenn sich die Große Koalition zu einer Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und mit dem Pflegestärkungsgesetz durchringen konnte: Die Herausforderungen in der Pflege machen einen Neustart notwendig, der die wirklichen und alltäglichen Probleme in den Blick nimmt und konkrete Lösungen anbietet.

Die tagtägliche Situation für Pflegende, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige ist schon heute mehr als herausfordernd. Die Personalausstattung in der Altenpflege ist nicht ausreichend. Dazu kommt, dass Fachkräfte für Altenpflege mit durchschnittlich 2.400 Euro gerade einmal halb so viel verdienen wie Facharbeiter in der Metallindustrie. Die Arbeit mit Maschinen ist also wertvoller als die Arbeit mit Men-Altenpflegerinnen und Altenpfleger verbleiben gerade einmal acht Jahre in ihrem Beruf, bevor sie sich wieder umorientieren. Und kümmern sich statt Fachkräften die Angehörigen um ihre pflegebedürftigen Eltern oder Kinder, bedeutet das bisher vor allem Lohnausfall und unzureichende Anerkennung dieser Leistung.

Ein Neustart muss her!

Ieden kann es treffen! Wir werden älter, wir können von heut auf morgen nach einem Unfall oder nach einer Krankheit pflegebedürftig werden. Deswegen müssen wir uns alle darum kümmern, dass Pflege eine bessere Stellung in der Gesellschaft bekommt.

Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, führt kein Weg an besseren Gehältern für Fachkräfte und auch Hilfskräfte vorbei. Ein erster



Dilek Kolat, Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Bild: ddp images

Schritt wäre die Angleichung der Gehälter in der Altenpflege an die von KrankenpflegerInnen. Denn Altenpflegekräfte verdienen im Schnitt 25 % weniger – trotz der anstehenden generalisierten Ausbildung. Ich will deshalb einen Pakt mit den Sozialpartnern schließen, um den Neustart bei der Vergütung von Fachkräften zu erreichen.

Personaluntergrenzen in den Krankenhäusern genauso wie in der ambulanten und stationären Altenpflege sind neben einem guten Gesundheitsmanagement und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein besonders wichtiger Beitrag für mehr Attraktivität des Berufs und mehr Qualität in der Pflege. Die Kranken- und Pflegekassen werden nicht daran vorbeikommen, die Refinanzierung zu ermöglichen, um langfristig die hohe Qualität in unserem Gesundheitswesen aufrecht zu erhalten. Ich möchte nicht darauf warten, bis der Bund eine gesetzliche Regelung findet. Wir müssen zeitnah etwas ändern.

Schon in der Ausbildung müssen wir neue Wege beschreiten. Das spannende Berufsfeld der Pflege soll künftig eine stärkere Rolle bei der Berufsorientierung an Schulen spielen. Um genug Fachkrafte in Ausbildung zu bringen, ist ein durchlässiges Ausbildungssystem nötig, in dem der Weg von der HelferInnentätigkeit zur Fachkraft realistisch ist und auch gefördert wird. Gleichzeitig müssen die Ausbildungskapazitäten an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Die Einführung von Personaluntergrenzen wird dabei übrigens für die Planung des tatsächlichen Bedarfs hilfreich sein.

Ein Neustart in der Pflege geht aber nur, wenn wir auch diejenigen in den Blick nehmen, die den Löwenanteil in der Pflege erledigen: die pflegenden Angehörigen. Sie benötigen Unterstützung durch gut erreichbare Beratungsangebote, die auch Zugang für Menschen mit Migrationshintergrund bieten oder zu digitalen Lösungen. Für jede Berlinerin und jeden Berliner, egal woher er kommt oder wie groß der Geldbeutel ist, muss es die bestmögliche Pflege geben. Ein Rechtsanspruch auf Tages- und Nachtpflegeangebote, ähnlich wie bei Kitas, würde zu einer deutlichen Entlastung führen. Und nicht zuletzt gehören das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz dringend auf den Prüfstand, damit Erwerbstätige sich ohne existentielle Ängste um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern können.

Pflege muss sich jeder leisten können.

Dazu gehört auch, dass die Angebote zur Pflege nicht mehr über den Preis entschieden werden, sondern über die Qualität. Eine Pflegevollversicherung – ähnlich wie die Krankenversicherung kann sicherstellen, dass alle Betroffenen gute Pflege erhalten können. Mit der Einsparung bei der Hilfe zur Pflege, dann überflüssigen Zusatzversicherungen und einer moderaten Beitragserhöhung kann das finanziell gelingen.

Die neue Bundesregierung wird nicht daran vorbeikommen, diese und weitere Fragen zu diskutieren und tragfähige Lösungen zu finden. Denn nicht nur die Betroffenen haben eine menschenwürdige Pflege verdient. Pflege geht uns alle an - vielleicht schon bald als Angehörige und fruher oder spater auch als Betroffene. Es ist an der Zeit, den notwendigen Neustart jetzt anzupacken! Mit meinem 12 Punkte Plan werde ich als bundesweit erste Senatorin mit dem eigenen Ressort Pflege alles dafür tun, dass in Berlin die Pflege zukunftssicher wird!

Dilek Kolat

Ordnungsämter nachts aktiv?

SPD will mehr Mitarbeiter im Außendienst

Die SPD will stärker gegen den Alkoholverkauf an Minderjährige vorgehen. Dazu sollen die Dienstzeiten der Ordnungsämter auf die Nachtstunden ausgeweitet werden. Dies hat die SPD in ihrem Grundsatzpapier zur inneren Sicherheit beschlossen. Danach soll der Außendienst der Ordnungsämter nicht nur im Ausnahmefall, sondern regelmäßig auch nachts die Beachtung des Jugendschutzes kontrollieren.

"Wir sind überzeugt, dass die Ordnungsämter mehr Personal auch für nächtliche Streifen des Außendienstes brauchen, z.B. um den Alkoholverkauf an Jugendliche zu unterbinden", sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank



Frank Zimmermann, Sprecher für Innenpolitik der SPD-Fraktion

Zimmermann. Um das zu erreichen, müssen mehr Außendienstmitarbeiter gebildet und eingestellt werden, so der SPD-Beschluss. Die Stärkung der bezirkli-

chen Ordnungsämter ist Teil einer umfassenden Strategie für mehr Sicherheit in Berlin, die u.a. mehr Doppelstreifen in der U-Bahn und dauerhafte Polizeipräsenz an den Brennpunkten der Stadt vorsieht. So wird am Alexanderplatz bis Ende des Jahres eine neue Polizeiwache entstehen. Am Kottbusser Tor sorgt eine dauerhafte mobile Wache für Sicherheit. "Mit mehreren hundert zusätzlichen Stellen jährlich bei der Polizei sorgen wir dafür, dass die Polizei ihre wachsenden Aufgaben auch erfüllen kann", so Zimmermann. Im Dezember wird der neue Landeshaushalt beschlossen, der erhebliche zusätzliche Mittel für innere Sicherheit bereitstellen wird.

Voller Einsatz für die Kleinsten

Abgeordnetenhaus berät Kindertagesförderungsgesetz

Berlin wächst und mit unserer Stadt wächst auch der Betreuungsbedarf für unsere Kleinsten. Seit vielen Jahren investieren wir deshalb massiv in den Ausbau und die Stärkung unserer Betreuungsangebote. Steigende Geburtenzahlen und der gesetzliche Anspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr lassen die Nachfrage steigen. Als Jugendpolitikerin freut mich das, denn unsere Kitas sind anerkannte Bildungseinrichtungen, die beim Start ins Leben für Chancengleichheit sorgen. Deshalb ist es der SPD ein besonderes Anliegen, den Kitabesuch Schritt für Schritt von Beiträgen zu befreien. Ab dem 1. August 2018 wird in Berlin die Kita kostenfrei sein. Doch wir wollen noch

mehr! Sie trägt einen sperrigen massive Verbesserung für Berliner Kinder, Eltern sowie Beschäftigte: die Reform des Kindertagesförderungsgesetzes, kurz KitaFöG. Derzeit beraten wir den Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus von Berlin. Neben dem Ausbau von Plätzen wollen wir damit vor allem in die Qualität unserer Kitas investieren.

Die Arbeit als Erzieherin oder Erzieher ist für viele Beschäftigte ein echter Traumberuf, doch dieser bedeutet



Melanie Kühnemann, Jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

auch große Verantwortung und verlangt ihnen eine Menge ab. Deshalb wollen wir die Beschäftigten entlasten. Für die Anleitung von Auszubildenden beispielsweise werden künftig drei statt bisher zwei Wochenstunden vorgesehen werden. Namen, bedeutet aber eine Denn Wissen und Fertigkeiten an die künftigen Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, ist die Grundlage dafür, dass unsere Kitas erfolgreich bleiben. Und auch die Einrichtungsleitungen, deren Verwaltungsaufgaben spürbar gewachsen sind, sollen weiter entlastet werden. Bereits seit August dieses Jahres wird die Kitaleitung ab 100 zu betreuenden Kindern für ihre Tätigkeit freigestellt. Diese Entlastung wollen wir künftig bereits ab 90 Kindern gewähren und

für kleinere Kitas anteilig gelten lassen.

Und auch die Eltern werden vom KitaFöG profitieren. Ab dem 1. Januar 2018 wollen wir in Berlin den Rechtsanspruch des Bundes von fünf Stunden Betreuung pro Tag freiwillig ausweiten. Künftig sollen hier alle - und das ohne jegliche Bedarfsprüfung – bis zu sieben Stunden Betreuung in Anspruch nehmen können. Diese Maßnahme entlastet Eltern und unsere extrem strapazierten Jugendämter gleichermaßen.

Und nicht zuletzt sagen wir nach der Abschaffung der Kitabeiträge auch den versteckten Gebühren den Kampf an. Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Kitas Zuzahlungen von teils mehreren hundert Euro verlangen. Diese sind unnötig, stehen in keinem Verhältnis zu den jeweiligen Leistungen und ermoglichen faktisch eine Vorauswahl bestimmter Familien. Diese Praxis werden wir beenden und wir machen das Erheben von Zuzahlungen meldepflichtig. Natürlich sollen auch weiterhin besondere Zusatzleistungen möglich sein. Doch die Vergabe der Kitaplätze darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, damit auch weiterhin gilt: Gleiche Bildungschancen von Anfang an für alle Kinder in Berlin. Melanie Kühnemann

Alternative zu Hartz IV?

Solidarisches Grundeinkommen statt Arbeitslosengeld 2

Die Digitalisierung und die damit verbundene vierte industrielle Revolution wird Arbeit wesentlich verändern. Deswegen werden Umschulung und Qualifizierung eine noch wichtigere Rolle als heute spielen. Doch schon heute beschäftigen wir uns im Hartz-IV-System mehr mit der Verwaltung von Arbeitslosigkeit als damit, Menschen eine Chance auf Arbeit zu geben.

Grundeinkommen soll genau eine Alternative zur jetzigen Hartz-IV-Falle geschaffen werden und den Herausforderungen der digitalisierten Arbeit 4.0 begegnet werden. Es geht darum, mit dem solidarischen Grundeinkommen gute sozialversicherungspflichtige Arbeit zu schaffen – dabei ist der Mindestlohn ganz klar das untere Limit. Ganz

Mit dem solidarischen nebenbei werden so auch Rentenansprüche erworben. Dies ist somit zusätzlich ein wichtiger Ansatz, um Altersarmut entgegenzuwirken.

Es geht nicht darum, jetzt schon die Regeln festzulegen, sondern eine politische Debatte zu beginnen, die vor dem Hintergrund der Veränderung der digitalisierten Arbeitswelt neue Zugänge zum Arbeitsmarkt für Menschen schaffen will, die diese Veränderungen negativ spüren. Es geht um neue Perspektiven von Beschäftigung und Teilhabe. Und natürlich ist das eine Alternative zum derzeitigen System des ALG II. Es ist die bessere Alternative, denn wir schaffen Arbeit und die Möglichkeit für sozialen Aufstieg, anstatt Langzeitarbeitslosigkeit zu festigen. Ich freue mich auf Anregungen, Ideen und Beiträge hier aus

Tempelhof-Schöneberg zu dem Thema "Solidarisches Grundeinkommen".

Michael Müller

Wahlkreisbüro Michael Müller, Di 14 - 18, Mi 8 - 12, Fr 10 - 14 Uhr. 030 81 82 83 30

Michael Müller, Abgeordneter Wahlkreis 4 Tempelhof-Schöneberg



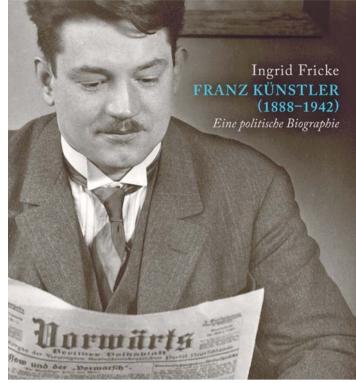
Durch schwierige Zeiten

Franz Künstler: Erster Vorsitzender der Groß-Berliner SPD von 1923 bis 1933

Berlins SPD zählte 100.000 Mitglieder, als Franz Künstler 1923 den Vorsitz übernahm und noch 1932, als die NSDAP über eine Million Wählerstimmen verlor, hatte er - wie viele andere - die Illusion, dass eine endgültige Niederlage Nationalsozialismus bevorstünde. Doch schon 1933 zerstob diese Hoffnung und Hitler wurde zum Reichskanzler ernannt.

Franz Künstler wuchs im proletarischen Milieu von Berlin SO 36 auf und war ein engagiertes Mitglied der sozialdemokratisch orientierten freiheitlichen Berliner Arbeiterjugendbewegung. Er hielt dort Vorträge über die Revolution von 1848, ein Thema, das er sich im Selbststudium angeeignet hatte und das in der Berliner Arbeiterschaft einen hohen Stellenwert hatte. Er wirkte im Gesangverein "Jugend" mit; die Musik blieb eine Konstante in seinem ganzen Leben.

Nach Abschluss einer Lehre als Maschinenschlosser wurde er 1906 Mitglied des in der Arbeiterbewegung wichtigen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Seine freiheitliche und antimilitaristische Grundeinstellung brachte ihn nach einem Zusammenstoß mit dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat jedoch schon als 23-Jährigen für 14 Tage in Haft



Ingrid Fricke: Franz Künstler (1888 – 1942). Berliner Beiträge zur Ideen- und Zeitgeschichte. Vbb Verlag für Berlin-Brandenburg. ISBN 978-3-9445256-46-6.

1907 trat er in die SPD ein und die wichtigen Entscheidungssituationen in der Partei z. B zu den Kriegskrediten und sein temperamentvolles Engagement brachten ihn 1916 in den Groß-Berliner Bezirksvorstand. Nach Frontdienst und den Wirren der Nachkriegszeit und einem "Ausflug" in die USPD, setzte er sich jedoch später für eine Wiedervereinigung mit den Mehrheitssozialdemokraten ein und wurde in den Vorstand der Gesamtpartei und 1923 zum Reichtagsabgeordneten und zum

Ersten Vorsitzenden der Groß-Berliner SPD gewählt. Er füllte diese Ämter so erfolgreich aus, dass er bis zum Ende der Weimarer Republik stets mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde.

Herzensangelegenheiten waren ihm eine starke internationale Ausrichtung der Partei, die alljährlichen großen öffentlichen Antikriegsdemonstrationen, inhaltliche Kompetenz der Parteimitglieder und deren öffentliche Präsenz im Stadtbild.

Die demokratische Repub-

lik verteidigen und die legale Weiterexistenz der SPD war nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten nicht mehr möglich. Franz Künstler wurde im Rahmen einer großen Verhaftungswelle gegen Sozialdemokraten von der Gestapo festgenommen und bis 1934 im KZ Lichtenburg an der Elbe festgehalten. Er stand nun unter der Beobachtung der Gestapo, spielte aber eine große Rolle beim Zusammenhalt der gesinnungstreuen Mitglieder, indem er beispielsweise als Redner bei Beerdigungen auftrat oder bei Veranstaltungen der "Berliner Liederfreunde", wo er "Massen auf die Beine" brachte, so dass ihn die Gestapo 1938 in "Schutzhaft" brachte, ohne dass er sich juristisch etwas hätte zu Schulden kommen lassen.

Die Gesundheitsschäden, die er hier erlitt, führten zu seinem frühen Tod 1942. Seine Beisetzung wurde mit Tausenden von Teilnehmern zu einer Demonstration gegen das Naziregime.

Die Franz-Künstler-Straße in Kreuzberg und eine Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus Weigandufer 16 erinnern heute im Berliner Stadtbild an ihn.

Inhalte dieses Artikels und das Foto wurden mit Zustimmung der Autorin ihrer 2016 erschienenen Biographie entnommen

Es mag pathetisch klin-

Eva Liebchen



"SCHENK DOCH MAL EIN LÄCHELN!"

Traditionell steht im Foyer des Rathauses Schöneberg in der Adventszeit ein von der Löcknitz-Grundschule wunderschön geschmückter Weihnachtsbaum.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler wird gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vereins "Schenk doch mal ein Lächeln", Fayez Gilke, diesen wieder in einen Wunschbaum verwandeln. Das vierte Jahr in Folge sollen auch 2017 die Wünsche von bedürftigen Kindern aus Tempelhof-Schöneberg erfüllt werden.

Ab 4. Dezember 11 Uhr ist der Weihnachtsbaum mit den Wünschen der Kinder geschmückt. Sie alle können mit einem Stern vom Baum die Patenschaft für den Herzenswunsch eines Kindes aus

Kindertagesstätte einer des Bezirks übernehmen fast 100 Kinderwünsche werden am Baum hängen. Die Geschenke im Wert von bis zu 25 Euro können bis zum 15. Dezember 2017 im Ehrenamtsbüro im Rathaus Schöneberg, Zimmer 122, abgegeben werden. Am 16. Dezember 2017 werden die Vereinsmitglieder die Geschenke verpacken. Dabei ist Hilfe willkommen – melden Sie sich! In der Woche vor Weihnachten werden die Geschenke dann von den Kindertagesstätten abgeholt und übergeben.

Kontakt:

Ehrenamtsbüro, Marcel Jutzewitz, 030 90277-6051 Verein "Schenk doch mal ein Lächeln", Fayez Gilke, 0171-8835960

Die "Deutsche Leitkultur"

Oder: Wie werde ich deutsch, deutscher am deutschesten?

In den letzten Jahren konnten wir in einem breiten politischen Spektrum – von ganz rechts außen bis mitte-links - immer wieder Versuche beobachten, eine offene Debatte hinsichtlich einer "Deutschen Leitkultur" im Land zu führen. Von allen politischen Akteuren wurde stets beteuert, dass es nur darum ginge das gemeinsame Leben zu organisieren und den gesellschaftlichen Frieden zu wahren. Mitte dieses Jahres verkündete der stellv. Bundesvorsitzende der CDU Armin Laschet öffentlichkeitswirksam: "Wir brauchen mehr als nur Gesetze. Wir brauchen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bestimmte Prinzipien, die über das Grundgesetz hinausgehen." Die Antwort, welche Rechte und Pflichten diesen Prinzipien Ausdruck verleihen könnten und nicht schon im GG verankert wären, blieb er uns schuldig.

Vorstöße in dieser Sache von Rechtspopulist*innen und Rechtskonservativen sind keine große Überraschung. Und dass diese Debatte genutzt wird, um Ängste vor dem "Fremden" zu schüren, ist in diesem Kontext leider kaum verwunderlich.

Interessant wird es jedoch, wenn "progressive" politische Akteure anfangen, über eine wie auch immer geartete Deutsche Leitkultur zu sinnieren. Der Diskurs um die Leitkultur hat in Deutschland in den letzten 10 Jahren nur zu Enttäuschung und Entkoppelung geführt und niemandem genutzt. Keine Menschen miteinander versöhnt, nicht integriert und keinen sozio-kulturellen Fortschritt gebracht. Die sogenannte Leitkultur und der Diskurs diente alleine dazu, Menschen auszuschließen. Wir sind so und ihr seid ... "anders".

Fakt ist: Wer immer in den vergangenen Jahren, auch in guter Absicht, von einer "Deutschen Leitkultur" sprach, hat damit den Riss vertieft, der ohne Zweifel durch unsere Gesellschaft geht, statt ihn zu kitten. Das war auch gar nicht zu vermeiden, da es kaum möglich ist, einen offenen Diskurs zu einer "verbindenden" Deutschen Leitkultur zu führen. Das liegt an der Konstruktion des Begriffs "Leitkultur", welcher den Anspruch hat, im alltäglichen Leben "richtig" und "falsch", "gut" und "böse" zu definieren und sich dabei an mehrheitsgesellschaftlichen und somit traditionell gewachsenen "Werten" orientiert. Solch ein Prozess führt unweigerlich zur Dominanz der Mehrheit und ihrer Ideale über die Minderheit und deren Bedürfnis ihre Identität

und Kultur zu bewahren.

gen, wenn ich statuiere, dass meine Leitkultur aus 19 Artikeln besteht. Es sind die ersten 19 Artikel unseres Grundgesetzes, welche unsere Grundrechte definieren und unser Zusammenleben regeln. Diese 19 Artikel wurden implementiert, damit die grundlegenden Spielregeln verfestigt werden, um in Frieden und mit Respekt voreinander gemeinsam zu leben. Jürgen Habermas kommentierte den Diskurs um eine Deutsche Leitkultur treffend: "Eine liberale Auslegung des Grundgesetzes ist mit der Propagierung einer deutschen Leitkultur unvereinbar. Eine liberale Verfassung verlangt nämlich die Differenzierung der im Lande tradierten Mehrheitskultur von einer allen Bürgern gleichermaßen zugänglichen und zugemuteten politischen Kultur. Deren Kern ist die Verfassung selbst."

Mein Fazit: Jeder Diskurs zu einer wie auch immer gearteten Deutschen Leitkultur, ob von Links, Mitte oder Rechts, erschöpft sich darin, dass marginalisierte Gruppen stets das Nachsehen haben und wir damit der Verpflichtung und dem Auftrag unseres Grundgesetzes nicht nachkommen.

Orkan Özdemir



Zeichnung von Petra Rudolphi-Korte

TAG DER OFFENEN TÜR

Die Friedrich-Bergius-Schule am Perelsplatz 6-9 in Friedenau, lädt am

Donnerstag, dem 4. Januar 2018 von 18 bis 20 Uhr

zum "Tag der offenen Tür". Vorgestellt wird die pädagogische Arbeit unter dem Motto "Leistung fordern, Sozialverhalten fördern, Berufsfähigkeit erreichen – Jeder kommt ans Ziel". Interessierte Eltern und Schüler können persönliche Beratungsgespräche mit dem Schulleiter vereinbaren.

Zu besichtigen ist neben dem wertvollen historischen Schulgebäude auch das von der Schule betriebene "Schul- und Stadtteilmuseum Friedenau" mit zahlreichen Exponaten aus der Geschichte von Friedenau.

Eva Liebchen

FÜR SIE VOR ORT

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Hauptstr. 100, 10827 Berlin (Schöneberg) Tel: 030 7812283, Fax: 030 78001217 kreis.tempelhof-schoeneberg@spd.de www. spd-tempelhof-schoeneberg.de

ABGEORDNETE BERLIN · WAHLKREISBÜROS

Dilek Kolat | Friedenau Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin Tel: 030 91502700 www.dilek-kolat.com

Melanie Kühnemann | Lichtenrade John-Locke-Straße 19, 12305 B Tel: 030 47050270 melanie-kuehnemann.de Michael Müller | Tempelhof Manfred-von-Richth.-Str. 19, 12101 Berlin Tel: 030 81828330 www.michael-mueller.de

Frank Zimmermann | Mariend. Markgrafenstr. 16, 12105 Berlin Tel: 030 70781714 frank-zimmermann.berlin